

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Doris Bures
Parlament
1017 Wien

BMB-10.000/0237-Präs.3/2016

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 9380/J-NR/2016 betreffend „Neue Oberstufe“, die die Abg. Dr. Susanne Winter, Kolleginnen und Kollegen am 19. Mai 2016 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

Zu Fragen 1 bis 4:

- *Ist Ihnen die Problematik bekannt?*
- *Gibt es bereits Änderungsansätze?*
- *Wenn ja welche.*
- *Gibt es einen laufenden Austausch mit dem Lehrkörper dieser Schule.*

Das BORG Neulengbach führt seit dem Schuljahr 2012/13 die neue Oberstufe im Schulversuch. Die Berichte zum Schulversuch wurden und werden dem Bildungsministerium laufend übermittelt. Seit rund einem Jahr ist die zuständige pädagogische Abteilung des Ministeriums in intensivem Austausch mit der in Rede stehenden Schule. In gemeinsamen Gesprächen mit der Schulleitung und weiteren vor Ort Verantwortlichen wurden die Erfahrungen der Schule in der Implementierung thematisiert. Die Rückmeldungen flossen direkt in die aktuellen rechtlichen Adaptierungen ein.

Mit dem Schulrechtsänderungsgesetz 2016 ist ua. eine Novellierung des § 23a des Schulunterrichtsgesetzes (Artikel 6 betreffend Änderung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 9/2012) vorgesehen. In den Erläuterungen zur korrespondierenden Regierungsvorlage 1146 d.B. XXV. GP (https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/II/I_01146/index.shtml) wird dazu ua. Folgendes ausgeführt: „... Um zu vermeiden, dass in ein- und demselben Fach mehrere Semesterprüfungen (Wiederholungen von Semesterprüfungen) an diesem Termin angesammelt werden, ist vorgesehen, dass in höchstens drei Pflichtgegenständen jeweils höchstens eine Semesterprüfung (oder bis zu 3. Wiederholung) zu diesem besonderen Termin anberaumt werden dürfen. ...“.

Zu Frage 5:

➤ *Ist ein Aufschub der Umsetzung der neuen Oberstufe geplant?*

Dazu wird auf das in parlamentarischer Behandlung gewesene Schulrechtsänderungsgesetz 2016 und die einschlägigen Erläuterungen zur korrespondierenden Regierungsvorlage 1146 d.B. XXV. GP (https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/II/I_01146/index.shtml) hingewiesen.

Wien, 15. Juli 2016
Die Bundesministerin:

Dr.ⁱⁿ Sonja Hammerschmid eh.

